

# Wer sind die Menschenfreunde die sich so um das Wohl der Rentner sorgen und wie arbeiten sie ?

Lothar Mark

(Vorstandsvorsitzender Gontard & MetallBank)

*„Die meisten erwarten aus der Rentenversicherung schon keine Erlöse mehr- und es läßt sich ja nachvollziehen. Wenn im Jahr 2040 auf 100 Arbeitnehmer 100 Rentner kommen, dann kann man sich ausrechnen was dann übrigbleibt, wenn nicht sofort, schnellstens die Eigenverantwortung in sehr hohem Maße jetzt favorisiert und auch gefördert wird.“* ARD, 19.11. 2000



**Wenn ein Tag nicht ganz dein eigen ist  
und du ihn auch nicht nach Wunsch und Willen füllen kannst,  
dann rechne ihn nicht zu deinem Leben.**

Die Quelle für diesen Spruch ist mir nicht bekannt, macht aber nichts,  
dadurch wird die Aussage nicht falsch

## Arbeitszeitverlängerung: Experten warnen vor Deflation

**Hamburg (rpo).** Warnungen vor der Inflationsgefahr sind ja bekannt. Jetzt aber haben Experten vor einer Deflationsgefahr gewarnt. Wie das? Sie sehen die Gefahr einer Deflation in Zusammenhang mit verlängerten Arbeitszeiten, die immer mehr Unternehmen durchsetzen.



**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg

...Raffelhüschen weist in seinen Vorträgen immer wieder darauf hin, dass die gesetzlichen Rentenversicherung Deutschlands nicht mehr finanzierbar sei..... Eine Finanzierung der Sozialversicherungssysteme über Steuererhöhung lehnt er ab. Der im schleswigschen Niebüll geborene Wissenschaftler ist der breiten Öffentlichkeit als Mitglied der Rürup-Kommission bekannt geworden.



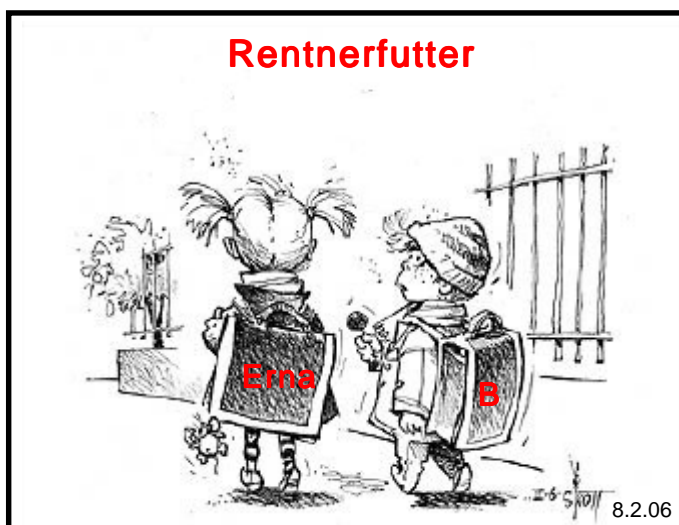
Von Rentnerschwemme wird gesprochen, nicht aber von Güter- und Profitschwemme!

# Demographische Zeitbombe tickt!



Presseclub So, 19.03.06, 12.00 - 12.45 Uhr

Land ohne Kinder, Land ohne Zukunft? Deutschlands demographische Zeitbombe tickt. Die ohnehin schon niedrige Geburtenrate in Deutschland ist weiter gesunken, nie zuvor seit 1945 kamen in der Bundesrepublik so wenige Kinder zur Welt. Die Ergebnisse einer demographischen Studie, die in dieser Woche in Berlin vorgestellt wurde, waren für Viele ein Schock. Dabei tickt Deutschlands demographische Zeitbombe nicht erst seit gestern. In den 60er Jahren setzte ein tief greifender Wertewandel ein, dessen Auswirkungen sich mit dem Pillenknicke in den 70ern abzeichnen begannen. Doch wie dramatisch die Folgen sein könnten, scheint uns erst allmählich bewusst zu werden. (Quelle: PHOENIX/ARD)



**Erna:** „Ob die uns betäuben, bevor sie uns auffressen?“

**Bert:** „Ich bin erst mal froh, dass ich 2 Jahre länger leben darf. Der Münte hat durchgesetzt, das große Fressen der Rentner beginnt erst mit 67.“

**Erna:** „Trotzdem, ich will wissen, ob ich vor dem gefressen werden betäubt werde, oder bei lebendigem Leibe mit Haut und Haaren gefressen werde.“

**Bert:** Ist doch egal. Die gierigen Alten fressen uns auf jeden Fall auf. Es sei denn die haben sich rechtzeitig privat versichert, dann leben die von ihren ersparten Beiträgen.

## Ein Blick in die Geschichte



Wenn ein großer Mensch Hunger hatte, fraß er einen Kleinen, zarten auf.



Gierige Rentner, die die Jungen fressen, gab es auch früher. Aber anders als heute war das Verhältnis Rentner zu jungem Futter günstiger. Die Jungen haben für ihr Alter vorgesorgt und zeugten jede Menge Kinder, sodaß sie im Alter genügend Junge hatten, von denen sie sich nähren konnten.

Es gab allerdings schon ziemlich früh Versuche, die Rentner nicht von dem Fleisch der Jungen zu ernähren, sondern von deren Produkten! Sie machten nämlich die Erfahrung, wenn sie die Produzenten fraßen, dann hatten sie nicht allzulange etwas auf dem Teller, weil sich auch damals schon das Verhältnis Rentner zur arbeitenden Jungen verschlechterte. Also versuchten sie die Jungen möglichst gut auszubilden, damit sie möglichst viel herstellen konnten, um davon gemeinsam zu leben. Sie fraßen nicht mehr die Produzenten, sondern deren Produkte. Jetzt spielte das Verhältnis Rentner zu Jungen keine Rolle mehr. **Jetzt ging es darum das Verhältnis der Rentner zu den Produkten zu verbessern.**

**MONITOR Nr. 544 am 16. März 2006**

## **BILD und die Rentenangst - harte Interessen, weiche Zahlen**

Seit Monaten läuft in der BILD-Zeitung eine Kampagne um die gesetzliche Rente. Die Botschaft: Wer nicht privat vorsorge, dem drohe Altersarmut. MONITOR zeigt, wie mit unseriösen Zahlen die Angst in der Bevölkerung geschürt wird. Diese vermeintlich objektiven Fakten stammen von einem Wirtschaftsinstitut, hinter dem die Finanzwirtschaft steht. Gleichzeitig kommen Wissenschaftler zu Wort, die in Aufsichtsräten von großen Versicherungskonzernen sitzen. Recherchen zeigen, wie der Versicherungskonzern Allianz gemeinsam mit BILD und T-Online eine „strategische Kooperation“ eingegangen ist. Das Ziel ist offenbar, möglichst viele Bild-Leser zum Abschluss einer privaten Altersvorsorge zu bewegen. Experten beobachten seit Jahren, wie ein Netzwerk aus Journalisten, Wissenschaftlern und Versicherungskonzernen die gesetzliche Rente verunglimpft und mit dubiosen Zahlen für die private Versicherungswirtschaft wirbt.

### **Die Schrumpffrente, seit Wochen das Thema bei BILD.**

BILD prophezeit Schockierendes: Rentenzahlungen weit unter Sozialhilfeniveau. Und tags drauf fragen BILD-Leser: Wovon sollen wir im Alter leben?

„Ich habe Angst im Alter zu verarmen“, sagt sie, laut BILD. Ilka Hillig, Friseurin aus Dortmund.

**Reporter:** „Haben Sie Angst, im Alter zu verarmen?“

**Ilka Hillig:** „Ne, eigentlich nicht, nein. Also ich denke, ich krieg das mit Sicherheit gut hin, wenn man sich ein bisschen was an die Seite legt und mit der Rente, die man sonst noch bekommt, denke ich, kriegen wir das schon hin.“



**Reporter:** „Aber warum steht dann in der BILD-Zeitung, dass Sie Angst haben?“

**Ilka Hillig:** „Das weiß ich nicht, warum die das geschrieben haben, das habe ich auf jeden Fall nicht gesagt!“



**Monitor:** Über ihre angeblichen Ängste habe man überhaupt nicht gesprochen. Dem BILD-Reporter habe sie vielmehr gesagt, dass sie nicht sicher sei, ob und wann sie den Sprung in die Selbstständigkeit wagen soll. Falsch verstanden oder falsch zitiert?

Zurück zur Schock-Prognose von BILD. Rentenansprüche unter Sozialhilfeniveau, geliefert hat diese Zahlen das Deutsche Institut für Altersvorsorge. Dort fragen wir nach. Das Institut propagiert seit Jahren, wer nicht privat vorsorgt, hat im Alter ein Problem. Doch wird das Rentenproblem so groß, wie von BILD behauptet?

**Reporter:** „Halten Sie diese Zahlen für seriös?“

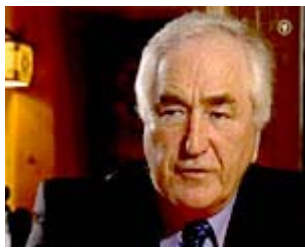
**Bernd Katzenstein, Deutsches Institut für Altersvorsorge:** „Nein, sie sind eine unnötige Panikmache, denn es wird nicht so sein, dass wir auf Jahrzehnte überhaupt keine Rentenerhöhung haben und dann noch eine Inflation, die sogar mit zwei Prozent gerechnet wird, das ist zu pessimistisch.“



**Monitor:** Dennoch hat das Deutsche Institut für Altersvorsorge BILD die Horrorzahlen geliefert. Getragen wird das Institut von Schwergewichten der Finanz- und Versicherungsbranche.

Der Rentenschock, eine Rentenkampagne? Unter Willy Brandt und Helmut Schmidt war er der Spezialist für Kampagnen. **Albrecht Müller** plante für sie Wahlkämpfe und Kommunikationsstrategien. Seit Jahren beobachtet er eine breit angelegte Stimmungsmache gegen die gesetzliche Rente. Das Beispiel BILD, für ihn offenbart es ein Netzwerk, er erhebt schwere Vorwürfe.

**Albrecht Müller, Kampagnen-Experte:** „Und zwar haben wir einerseits Medien und die Versicherungswirtschaft, die im konkreten Fall zusammenarbeitet. Die brauchen aber auch angebliche Fakten, um ihre Propaganda machen zu können. Also greifen sie auf irgendwelche Zahlen von Instituten zurück, die wiederum eigens gegründet worden sind von der Finanzwirtschaft, von Banken und Versicherungswesen, wie etwa dem Deutschen Institut für Altersvorsorge. Die liefern Horrorzahlen für die BILD-Zeitung, die wiederum damit Angst macht, und die begründet wiederum die Glaubwürdigkeit dieser Zahlen, indem sie Interviews mit Professoren macht wie etwa mit Professor Raffelhüschen.“



**Monitor:** Professor Bernd Raffelhüschen, auch er propagiert seit Jahren die private Altersvorsorge. Laut Bild prophezeit er jahrzehntelange Renten-Nullrunden, bestenfalls Mini-Rentenerhöhungen. Auch bei ihm fragen wir nach. Auch bei ihm stellt sich heraus, so furchtbar, wie BILD es ausmalt, wird es den Rentnern wohl doch nicht ergehen.

**Prof. Bernd Raffelhüschen, Ökonom, Universität Freiburg :** „Dennoch muss man eines sagen, die Kampagne (Vc:BILD Rentenkampagne) hat natürlich eine gewisse Aufmerksamkeit für private Altersvorsorge geweckt und ... oder betriebliche Altersvorsorge geweckt und genau das ist das, was wir brauchen.“



**Monitor:** Wir, die Bürger des Landes? Oder die Versicherungsbranche, für die er im Nebenjob tätig ist? Als Aufsichtsratsmitglied, Berater und Referent.

**Reporter:** „Die Frage war doch, ob es problematisch ist, dass Sie dann gleichzeitig für die Versicherungswirtschaft tätig sind?“

**Prof. Bernd Raffelhüschen**

„Ich bin nicht für die Versicherungswirtschaft tätig, ich bin staatlicher Professor.“



**Monitor:** Zurück zur Friseurin Ilka Hillig. Sie liest in der BILD über ihre Zukunftsangst, die sie gar nicht hat, bekommt Horrorzahlen präsentiert, die das Rentenproblem offensichtlich übertreiben. Die 28-jährige macht sich ihren eigenen Reim darauf.

**Ilka Hillig:** „Ich meine, BILD wird ja auch oft gekauft und so 'ne Schlagzeile macht ja erst mal so Bäng! und ja, ich glaube eine Versicherung wird sich auf jeden Fall freuen, die nächste, wo man 'ne private Rentenversicherung abschließen will.“

**Monitor:** Zum Beispiel die so genannte „Volksrente“. Unter der Parole „Rente sich, wer kann“ wurde dafür ganzseitig in BILD geworben. Die Volksrente, eine gemeinsame Aktion von Allianz und Bild / T-Online. Wir wollten von BILD-Chefredakteur Kai Dieckmann wissen, ob hier journalistische und wirtschaftliche Interessen miteinander verbunden wurden. Kein Interview! Schriftlich heißt es, die Redaktion der BILD-Zeitung habe mit der Aktion Volksrente überhaupt nichts zu tun, auch den Vorwurf unnötiger Panikmache weist man zurück. Werbung für die Volksrente sei immer als solche gekennzeichnet, redaktionelle Artikel dazu habe es weder bei Bild.de, noch in der BILD-Zeitung gegeben. Eine interne Vertreterinformation der Allianz zeichnet ein anderes Bild. Auf mehreren Seiten wird hier die Strategie der Volksrentenkampagne beschrieben.

**Zitat:** „Die Informationen zur VolksRente werden in zwei Formen aufbereitet - als Anzeige und als redaktionelle Artikel.“

Kasse machen mit der Rentenangst? Feierabend, die letzte Kundin von Ilka Hillig. Wie viel Geld sie im Alter einmal tatsächlich bekommt, weiß sie nicht, aber sie ist überzeugt, es wird mehr sein als BILD prophezeit. Internet



Deutsches Institut für Altersvorsorge

## Das DIA Institut

### Was wir tun

Altersvorsorge ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema. Denn die gesetzlichen Renten werden knapper ausfallen. Deswegen muss die private und betriebliche Initiative zur Altersvorsorge wachsen, wenn im Ruhestand ein angemessener Lebensstandard gesichert sein soll.

### Diskutieren, Informieren, Analysieren

Das Deutsche Institut für Altersvorsorge GmbH (DIA) leistet einen aktiven, konstruktiven Beitrag durch eigene Studien und Projekte, sowie klare und fundierte Informationen.

Der wissenschaftliche Schwerpunkt liegt in der Analyse, Fortentwicklung und Diskussion staatlicher und privater Systeme zur Altersvorsorge, die in Buchform und im Internet publiziert werden.

Eigeninitiative ist gefragt

Ziel des Instituts ist es, Chancen und Risiken der staatlichen Altersversorgung bewusst zu machen und die private Initiative zu fördern.

### Im Verbund der Deutschen Bank- und Zürich-Gruppe

Gesellschafter des Instituts sind die Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Bauspar AG, DWS Investment GmbH und Deutscher Herold AG, Kooperationspartner ist die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG.

### Neutral und unabhängig

Das Deutsche Institut für Altersvorsorge GmbH arbeitet vollkommen unabhängig von den Marketing- und Verkaufsaktivitäten seiner Gesellschafter.

#### Die Personen

Bernd Katzenstein, Sprecher der Gesellschaft

Werner Janzen, Geschäftsführer

Prof. Dr. Meinhard Miegel, Wissenschaftlicher Berater

## DIA-Zukunftspreis 2006

Das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) hat es sich zum Ziel gesetzt, Wissen und Kompetenz auf dem Gebiet der Altersvorsorge zu fördern. Aus diesem Grund vergeben wir an Journalisten und Wissenschaftler, die zu diesem Thema wichtige Aufklärungsarbeit geleistet haben, unseren „Zukunftspreis Altersvorsorge“. Im Jahr 2006 ist es zum siebten Mal so weit. Die besten Arbeiten werden von einer namhaften Jury ausgewählt und mit Geldpreisen prämiert.

**Das Preisgeld beträgt insgesamt 20.000 Euro.**



# Der Hanns Martin Schleyer-Preis

wurde von der damaligen Daimler-Benz AG (heute DaimlerChrysler AG) aus Anlass des fünften Todestages von Hanns Martin Schleyer (18. Oktober 1977) gestiftet. Die Auszeichnung wird verliehen für hervorragende Verdienste um die Festigung und Förderung der Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens. Die Auswahl der Preisträger sowie die Verleihung der Preise sind der Hanns Martin Schleyer-Stiftung übertragen worden.

## Träger des Hanns Martin Schleyer-Preises:

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hubert Markl (2005)  
Prof. Dr. Meinhard Miegel (2004)  
Dipl.-Ing. Hans Peter Stihl (2003)  
Prof. Dr. Joachim Fest (2002)  
Prof. D.Dr.h.c.mult. Helmuth Rilling (2001)  
Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D. (2000)  
Prof. Dr.Dr.h.c. Elisabeth Noelle-Neumann (1999)  
Reinhard Mohn (1998)  
Prof. Dr.Dr.h.c. Ernst-Joachim Mestmäcker (1997)  
Dr.h.c. Hermann Rappe (1996)  
Prof. Dr. Bernd Rüthers (1995)  
Prof. Dr. Hermann Lübbe (1994)  
S. Eminenz Franz Kardinal König (1993)  
Birgit Breuel (1992)  
Prof. Kurt Masur (1991)  
Reiner Kunze (1990)  
Dr. Otto Schulmeister (1989)  
Prof. Dr.Dr.h.c. Golo Mann (1988)  
Prof. Dr.Dr.h.c.mult. Hans-Georg Gadamer (1987)  
Prof. Dr.Dr.h.c.mult. Karl Carstens (1986)  
Prof. Dr. Ernst Nolte (1985)  
Prof. Dr.Dr.Dr.h.c. Friedrich August von Hayek (1984)

## Mitglieder der Jury der Hanns Martin Schleyer-Stiftung:

Prof. Dr.Dr.h.c. Ernst **Benda**, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a.D., Freiburg  
Dr. Dr.h.c. Manfred **Gentz**, ehem. Mitglied des Vorstandes  
der DaimlerChrysler AG, Stuttgart (Vorsitzender)  
Prof. Dr. Renate **Köcher**, Institut für Demoskopie Allensbach GmbH  
S. Eminenz Karl Kardinal **Lehmann**, Bischof von Mainz  
Hanns-Eberhard **Schleyer**, Berlin  
Prof. Dr. Rupert **Scholz**, Bundesminister a.D.,  
Universität München  
Prof. Dr.h.c. Dieter **Stolte**, Intendant a.D.,  
ehem. Herausgeber „Die Welt“ / „Berliner Morgenpost“, Berlin

„**Schrumpffrente**“. Eine gezielte Verunsicherungskampagne von BILD gegenüber den Bürgern und gegen die gesetzliche Rentenversicherung

erstellt am 19.01.2006 um 18:07 Uhr

Dreiviertel aller Deutschen rechnen auf Dauer mit weiter sinkenden Renten, das meldete [BILD am 27.12.05](#).

Die **Versicherungswirtschaft** hat also ihr erstes Teilziel erreicht: Das Vertrauen in die Rente ist gründlich zerstört. Die Anzeigekampagne von Allianz & Co „Rente sich wer kann“ ist offenbar bei der Bevölkerung angekommen. Jetzt muss es die Versicherungslobby, um ihr Endziel zu erreichen, nur noch schaffen, dass die verunsicherten Menschen auch private Altersversicherungsverträge abschließen.

Nicht mehr als Anzeige, sondern im redaktionellen Teil mit unverantwortlichen Horror-Balkenüberschriften auf den ersten Seiten, jagt nun BILD nun schon den dritten Tag hintereinander Jung und Alt einen Schrecken ein und treibt sie in die Fänge der Versicherungswirtschaft. Wolfgang Lieb.

„**So wenig ist die Schrumpffrente künftig nur noch wert**“ titelt BILD am 17.1.06 und druckt auf ihrer Aufmacherseite eine Tabelle ab mit „Schockprognosen“ im Vergleich zwischen heute und 2035. Eine heutige Durchschnittsrente von rund 800 Euro hätte demnach in 30 Jahren nur noch eine Kaufkraft von 454 Euro und läge gerade ein paar Euro über dem heutigen Alg II-Satz. Einen Tag später lautet die Balkenüberschrift „Wovon sollen wir im Alter leben“. In typischer BILD-Manier kommen dann mit Foto Menschen aus dem Leben zu Wort, die sich bitter beklagen und etliche sehen ihr Heil nur noch in der privaten Vorsorge. Am 19.1.06 – pikanterweise unter einem Interview des Deutsche-Bank-Chefs Ackermann, in dem dieser seine Millionenbezüge rechtfertigen darf – kommt BILD dann darauf, woraus die ganze Kampagne hinausläuft: **„Wieviel kostet mich eine Zusatz-Rente?“**.

**Über 12 Millionen BILD-Leser sollen also mit dieser Angstmacherei („JEDER Beitragszahler ist betroffen“), als letztem Ausweg vor Altersarmut in die private Altersvorsorge, nämlich in Kapital-Lebensversicherungen, in Investmentfonds oder in Bank-Sparpläne getrieben werden.**

Als Quelle für diese Horrordarstellung wird das **„Deutsche Institut für Altersvorsorge“ (DIA)** genannt. Verschwiegen wird, dass dahinter kein neutrales wissenschaftliches Institut, sondern eine von der **Deutschen Bank und Investmenttöchtern der Bank getragener „Think-Tank“ steht**, der kaum je eine Aussage über die Rentenfinanzierung getroffen hat, die nicht im Interesse der Banker ist.

Natürlich treffen wir in den Beiträgen auch auf den „angesehenen“ (BILD) wissenschaftlichen Versicherungsvertreter Professor **Bernd Raffelhüschen** von der Uni Freiburg, der seinerseits wiederum im **Aufsichtsrat der „ERGO-Versicherungsgruppe“** sitzt und als „wissenschaftlicher Berater“ für den **Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) e.V.**, Berlin, und für die **Victoria Versicherung AG, Düsseldorf**, tätig ist und gern gefragter Interviewpartner in den Rentenkatastrophenmeldungen der PR-Agentur für den Abbau des Sozialstaates, der **„Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“** ist.

Natürlich kommt auch das Aushängeschild der neoliberalen außerparlamentarischen Opposition unter dem Namen **„BürgerKonvent“**, **Reinhard Miegel**, der den Sozialstaat insgesamt als Irrtum der Geschichte geißelt, zu Wort.

**Bernd Katzenstein vom DIA** rät „nach Möglichkeit mindestens 5% vom Bruttoeinkommen zusätzlich zur Rentenversicherung in die Privatvorsorge zu stecken“.

**Auf die Idee dass man diese 5% (paritätisch) finanziert auch in die gesetzliche Rentenversicherung stecken könnte, kommt er natürlich erst gar nicht.**

Es hat bislang niemand in der Politik oder in der Regierung dieser Panikmache energisch widersprochen. Sozialminister Franz Müntefering hat, ohne auf die BILD-Kampagne einzugehen, reagiert und wohl zur Beruhigung der Rentner angekündigt, dass es entgegen dem in der Koalitionsvereinbarung ins Gespräch gebrachten „Nachholfaktor“ bis 2010 - gesetzlich garantiert - keine Rentenkürzungen geben solle – gleichzeitig kündigte er aber für 2006 eine weitere Nullrunde an.

Es hat drei Tage gedauert bis sich die ersten kritischen Stimmen ([1](#), [2](#)) zu der Panikmache des Boulevard-Blattes gemeldet haben. So sagte der „**Die Deutsche Rentenversicherung**“ der größte gesetzliche Rentenversicherer in Europa mit mehr als **57 Millionen Kunden**, die Berechnungen in BILD seien „unseriös und nicht nachvollziehbar“, die unterstellten Annahmen wichen „deutlich von allen derzeit im wissenschaftlichen Raum verwendeten Daten ab.“ Auch der Sozialexperte und „Wirtschaftsweise“ und einer der Hauptverfechter der „dualen Rente“ meldete sich zaghaft zu Wort und hält die BILD-Prognosen für „unangebracht“.

Auf Stimmen, die die gesetzliche Rente offensiv gegen dieses „geschäftsschädigende“ Verhalten der Versicherungskonzerne reagierten, wartet man vergebens.

Einigermaßen neutrale Rentenfachleute wie das Mitglied der von der früheren Bundesregierung eingesetzten „Altenkommission“ wie etwa [Professor Winfried Schmähl](#), der konkrete Vorschläge macht, wie die gesetzliche Rente eine wirkliche Volksrente bleiben könnte, werden nicht gehört.

Wir haben in vielen Beiträgen auf den **NachDenkSeiten** zwar die Renten-„Reformen“ kritisiert, zugleich aber auch auf die Vorteile einer Umlagefinanzierung der Rente hingewiesen. Wir haben immer wieder die Privatisierungsstrategien der Versicherungswirtschaft und ihr Zusammenspiel mit den Medien und der Politik beim inzwischen eingeleiteten Systemwechsel hin zur Privatvorsorge angeprangert.

Statt einer neuerlichen Darstellung verweisen wir auf eine zusammenhängende Darstellung vom 29.12.06 mit vielen weiteren [Hinweisen](#).

Wenn das Spiel mit der Angst nicht so makaber wäre, könnten wir ja auch die BILD-Zeitung mit ihrer Kampagne für die Privatvorsorge mit der der [BILD-Zeitung von Anfang dieses Jahres](#) konterkarieren, wo dieses Blatt Krokodilstränen über die sinkende Gesamtverzinsung der privaten Lebensversicherungen geweint hat.

Es ist nur noch ein Trauerspiel, wie in diesem Land mit allen Mitteln der Propaganda, der Manipulation und der Panikmache Kernelemente des Sozialstaats, wie die gesetzliche Rente, sturmreif geschossen werden dürfen, ohne dass es noch eine ernsthafte Gegenwehr gäbe. Daraus kann man ablesen, wie weit Politik, Verbände und Medien und letztlich wir alle in die Fänge der Versicherungswirtschaft geraten sind.

## Nach **Denk** Seiten

# Politikberatungsagentur

aus **Wikipedia**, der freien Enzyklopädie

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Unter dem Begriff **Politikberatungsagentur** versteht man eine Agentur, Büro, Think Thank oder Stiftung, die politische Institutionen (Ministerien, Parteien) oder auch Politiker direkt berät.

Diese Art der modernen Politikberatung grenzt sich nach SCHUSTER von der wissenschaftlichen Politikberatung anhand von vier Kriterien (Beratungsgegenstand, Theorie/Praxis, Beratungszeitpunkt, Auftragserteilung) ab. Die wissenschaftliche Beratung ist rein akademischer Natur und hat nicht den für die Politik erforderlichen praxisrelevanten Bezug.

# Raffelhüschen bei Monitor als ertappter Lobbyist der Versicherungswirtschaft.



Zunächst aber noch eine einschlägige Passage zu Raffelhüschen aus meinem neuen Buch „Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet“:

„Professor Dr. Bernd Raffelhüschen, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg, ist nicht nur bekannt als wissenschaftliches Sprachrohr für die Privatisierung der Sozialversicherungen und gefragter Interviewpartner in Talkshows, sondern auch sogenannter Botschafter

der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Außerdem ist er wissenschaftlicher Berater des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und der Victoria Versicherung AG. Raffelhüschen ist auch im Aufsichtsrat der ERGO Versicherungsgruppe, zu deren Gesellschaften Victoria, Hamburg-Mannheimer, DKV Deutsche Krankenversicherung, D.A.S. und die KarstadtQuelle Versicherungen gehören. Zudem hält er unentwegt Vorträge, etwa für den Finanzdienstleister MLP. Raffelhüschen verbindet mit Professorin Beatrice Weder di Mauro, Mitglied des Sachverständigenrats und dort ausgewiesene Anhängerin der Reform der Sozialsysteme, dass beide im Aufsichtsrat der ERGO-Versicherungsgruppe sitzen. Das ist die »Freiheit der Wissenschaft«, die wir meinen. Professor Raffelhüschen teilt auch mit Professor Bert Rürup so manches Arbeitsfeld. Auf jeden Fall sind beide für Privatversicherer tätig, wie die Homepage des Finanzdienstleisters MLP zeigt (siehe Abbildung 20, S. 266). Beide haben sich auch sofort anerkennend zu Wort gemeldet, als Franz Müntefering durchsetzte, jetzt schon die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre anzukündigen.“

Nach Denk Seiten erstellt am 19.03.2006 um 12:33 Uhr

## **Professor Dr. Bernd Raffelhüschen,**

Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg,  
wissenschaftliches Sprachrohr für die Privatisierung der Sozialversicherungen

gefragter Interviewpartner in Talkshows,

Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

wissenschaftlicher Berater

des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)  
der Victoria Versicherung AG.

Aufsichtsrat

der ERGO Versicherungsgruppe,  
zu deren Gesellschaften Victoria,  
Hamburg-Mannheimer,  
DKV Deutsche Krankenversicherung, D.A.S.  
Karstadt Quelle Versicherungen gehören.

# Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für Reformen in Deutschland.

Prominente aus Gesellschaft, Politik, Sport, Wirtschaft und Wissenschaft engagieren sich ab sofort unter dem Dach des gemeinnützigen Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für Reformen in Deutschland.

## Gründungsmitglieder



[Florian Gerster](#)

ehemaliger Vorstandsvorsitzender  
der Bundesagentur für Arbeit



[Prof. Dr. Johanna Hey](#)

Stiftungsprofessur für Unternehmens-  
steuerrecht in Düsseldorf



[Prof. Dr. Dieter Lenzen](#)

Präsident der Freien Universität  
Berlin



[Friedrich Merz](#)

MdB



[Ulrike Nasse-Meyfarth](#)

Olympiasiegerin im Hochsprung



[Dr. Hergard Rohwedder](#)

Rechtsanwältin



[Dieter Rickert](#)

Gilt als Deutschlands  
bekanntester „Headhunter“



[Max Schön](#)

Mitglied im Aufsichtsrat  
der MAX SCHÖN AG



[Prof. Dr. Hans Tietmeyer](#)

Vors. des Fördervereins, ehemaliger  
Präsident der Deutschen Bundesbank



[Carl-Ludwig Thiele](#)

Stellv. Vorsitzender der  
FDP-Bundestagsfraktion

Der Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. ist strikt **überparteilich und gemeinwohlorientiert**. Er versteht sich als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlen und sich aktiv für die Erneuerung unseres Wirtschafts- und Sozialsystems einsetzen wollen.

**Ziel des Fördervereins ist**, das Verständnis der Bürger für wirtschaftliche Zusammenhänge zu stärken und auf die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen aufmerksam zu machen. Langfristig sollen durch die Arbeit des Fördervereins die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln in Deutschland verbessert werden. Der Förderverein steht dabei stets für eine klare ordnungspolitische Linie im Sinne Ludwig Erhards.

In seiner Arbeit konzentriert sich der Förderverein auf die Bereiche Soziales, Arbeitsmarkt, Steuern, Finanzen und Bildung. Mit Hilfe von wissenschaftlichen Studien, Fachbeiträgen, öffentlichen Veranstaltungen und weiteren Aktionen macht der Förderverein regelmäßig auf seine Anliegen aufmerksam.

**Anerkennend spricht die Zeitschrift  
*The International Economy* daher von der INSM  
„als nationales Kampagnen-Hauptquartier  
der Neokonservativen“ aus Wirtschaft und Politik.**

**Internet**

Einseitige Parolen



ZAPP

## Arbeitgeber

### finanzieren journalistische Inhalte

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ruft die Reformer und Blockierer des Jahres aus und finanziert medienwirksame Studien. Ihre Botschafter sitzen in den Talkshows und der von ihr geprägte Slogan „sozial ist, was Arbeit schafft“ schaffte es sogar ins Regierungsprogramm der CDU. Die Botschaften der INSM finden sich so fast täglich in Zeitungen und Fernsehsendungen, doch dass viel zitierte Experten Mitglied der Initiative sind und dass sogar ganze Beiträge vom Arbeitgeberverband der Metallindustrie finanziert werden - das wird natürlich gerne verschwiegen. Zapp über eine der erfolgreichsten Lobbyinitiativen Deutschlands.

Köln, Gustav-Heinemann-Ufer. Hier residiert die erfolgreichste Lobby der Arbeitgeber. Für zehn Millionen Euro jährlich initiiert sie Kampagnen, beeinflusst Presse und Öffentlichkeit, setzt Themen. Der Name der Lobbyorganisation: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Archivaufnahmen von innen: Interviews wollte man Zapp nicht geben. Dabei gibt sich die Arbeitgeberinitiative transparent und sogar überparteilich. Einer ihrer vielen Botschafter: Oswald Metzger. Er saß für die Grünen im Bundestag. Heute hält er Vorträge im Sinne der Initiative gegen Geld vom jeweiligen Veranstalter. Oswald Metzger, Botschafter der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“: „Klar, ich habe einen ordentlichen Honorarsatz für eine Veranstaltung. Mein Normalsatz ist ein sehr ordentlicher, der fast einem Durchschnittseinkommen von einem normalen Arbeitnehmer entspricht.“ Für einen Abend versteht sich. Ein Grüner predigt die Thesen der neoliberalen Arbeitgeberorganisation. Konkrete Nachfragen sind da unerwünscht. Oswald Metzger: „Sind Sie von Attac bezahlt? Ich will ihnen nur spiegeln, wie ich das empfinde, was Sie hier machen. Also, ich finde das schon fast unverschämt.“ Lieber redet er im Fernsehen über die Themen, die der Initiative wichtig sind. Mehr Markt, weniger Staat, Reformen.

### Allgegenwärtige Botschafter

Auch andere Botschafter der Initiative sind Dauergäste in Talkshows. Ihr Lieblingsthema: Reformen. Für den Zuschauer sind sie Parteienvertreter oder unabhängige Experten. Er weiß nicht, dass sie alle für die gleiche Lobby aktiv sind: Für die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Deren harmloser Name steht für ein knallhartes Programm. Prof. Claus Leggewie, Politikwissenschaftler Uni Gießen: „Sie meint eigentlich weniger soziale Marktwirtschaft. Sie meint Entstaatlichung. Weniger Sozialstaatlichkeit, mehr kapitalistische freie Marktwirtschaft. Das kommt aus den vereinigten Staaten, wo Ronald Reagan gesagt hat: ‘Der Staat ist nicht die Lösung, wie wir immer gedacht haben, sondern er ist das Problem.’ In diesem Sinne propagiert diese Initiative Entstaatlichung auf allen Ebenen.“

Die Experten aus den Talkshows stellen sich auch gern für Anzeigenkampagnen zur Verfügung. Zum Beispiel kurz vor der Bundestagswahl. Über viele Seiten machen sie Stimmung mit wirtschaftliberalen Thesen. Das Motto der teuren Kampagne: „250 Professoren - 10 Thesen - 1 Meinung“. Auftraggeber: Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Prof. Siegfried Weischenberg, Medienwissenschaftler Uni Hamburg: „Es ist sehr geschickt von der Initiative, dass sie Wissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler als Botschafter als scheinbar neutrale, unabhängige Botschafter auftreten lässt. Dabei wird überhaupt nicht deutlich, dass die für die Initiative Interessen der Arbeitgeber vertreten. Das wirkt so: Wissenschaftler sind neutral. Tatsächlich treten sie hier auf in der Rolle als PR-Agenten.“

## Gekaufte Dialoge

PR auch im „Marienhof“: In der ARD-Vorabendserie hatte die Initiative Dialoge gekauft.

Die Botschaft: **Lohnnebenkosten runter, Arbeitszeiten rauf.**

### Filmausschnitt „Marienhof“, Folge 1962:

Sie: „Ich würde auch schwarz für Sie arbeiten, Sie würden eine Menge Geld sparen, wie zum Beispiel die ganzen Sozialabgaben und das Urlaubsgeld und ich weiß nicht, was noch alles.“

Er: „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.“

### Filmausschnitt „Marienhof“, Folge 1936:

Er: „Wir sind im Moment ganz besonders auf das Engagement unserer Mitarbeiter angewiesen, Flexibilität steht bei uns an oberster Stelle.“

Sie: „Ja, vielleicht könnte ich erst mal auf 20-Stunden-Basis...“

Er: „Oh, das tut mir leid, wie gesagt, wir sind ein junges Unternehmen. Von einer 50-Stunden-Woche müssten Sie erst mal schon ausgehen, zumindest am Anfang. Später können wir gern mal darüber reden.“

**Schleichwerbung. Der Preis für die Arbeitgeber-Propaganda in sieben Folgen: 58.000 Euro.**

## Themen geschickt platziert

Doch die Initiative schafft es auch auf legalem Weg, ihre Themen in den Medien unterzubringen.

Zum Beispiel durch Pressekooperationen. Die „Wirtschaftswoche“ produziert jeden Monat ein Reformbarometer (zum Beispiel „Wirtschaftswoche“ Reformbarometer 09.06.2005):

Darin bewertet sie die Regierung zusammen mit der Initiative. Die Quelle (INSM) wird genannt, aber nicht erklärt. Karikaturen zum Thema Sozialstaat Deutschland. Der Wettbewerb wurde ausgerufen von „Focus“, 27.10.2003 und der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Die „Financial Times Deutschland“ (22.04.2004) macht eine Umfrage, gemeinsam mit der Initiative. Die Forderung wie immer: Reformen! **Wer die Initiative ist und wessen Interessen sie vertritt, erfährt der Leser nicht.** Die „Welt“ engagiert die Organisation sogar als Co-Autorin, präsentiert auf einer ganzen Doppelseite („Welt“, 04.03.2005) „die größten Jobvernichter der Bundesrepublik“. Eine Lobbyorganisation entscheidet mit. Unabhängiger Journalismus ist das nicht. Götz Hamman, Buchautor „Die Strippenzieher“: Es gehört immer zu den Grundfesten und den Grundüberzeugungen, das ein Journalist nicht mit demjenigen, über den er berichtet, zusammenarbeiten soll. Und eine Medienkooperation, aus der er nicht mehr heraus kann, wo er positiv über ein Ereignis schreiben muss, das er mit veranstaltet, ist ein Verstoß gegen die Grundtugenden des Journalismus.“

## Events schaffen

Eine erfolgreiche Medienkooperation ist auch die Wahl zum „Ministerpräsidenten des Jahres“. Die „Wirtschaftswoche“ und die Initiative wählten vergangenes Jahr Sachsens Regierungschef **Georg Milbradt**. Die öffentliche Auszeichnung fand wenige Tage vor seiner Landtagswahl statt. Ein Jahr zuvor war es ein anderer: Der Ministerpräsident des Saarlandes, **Peter Müller**, auch er von der CDU. Eine Auszeichnung von Lobbyisten. Kurz nach der Veröffentlichung ist sie in aller Munde. Selbst die Politik nutzt sie als Kompetenznachweis. **Angela Merkel** bei der Vorstellung ihres „Kompetenzteams“: „Auch im Jahre 2003 ausgezeichnet als Ministerpräsident des Jahres. „ Zusammen mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ entscheidet die Initiative auch über den „Reformer des Jahres“. 2004 war es der CDU-Politiker **Friedrich Merz** („Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 28.11.2004). Ein Jahr zuvor **Paul Kirchhof**. Angela Merkel bei der Vorstellung ihres „Kompetenzteams“: „Er ist nicht von ungefähr deshalb im Jahres 2003 auch zum Reformer des Jahres von der ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ ausgezeichnet worden.“ Köpfe und Themen der Initiative schaffen es immer wieder in die Medien. Allein über dieses Motiv wurde tausendfach berichtet, sogar in den Nachrichten:

Tagesschau, 07.12.2004: „Statt Fisch brachte Aale-Dieter heute Gummi-Hirne unters Volk. Nicht auf dem Hamburger Fischmarkt, sondern vor dem Bundesbildungsministerium. Die ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ lässt ihn so für bessere Bildung werben.“

Passende Motive schaffen es auch in eine Sportsendung. Sportnachrichten in der Tagesschau, 24.05.2003: „Selbst bei Bayern-Manager Ulli Hoeneß, der diese Initiative gegen einen vermeintlichen Abstieg Deutschlands und für eine soziale Marktwirtschaft unterstützt.“ Kostenlose Werbung vor Millionen von Zuschauern. Wieder ein Riesenerfolg für die PR-Strategen der Arbeitgeber. Götz Hamman: „Die Initiative hat allerdings ein sehr ehrgeiziges Ziel, nämlich dass Millionen von Deutschen morgen anders denken sollen als heute. Sie sollen es gut finden und als Zuwachs von Freiheit und möglichst auch Wohlstand, wenn sie selbst für Gesundheit, Pflege und Rente vorsorgen. Und wenn sie das nicht so sehen können, dann sollen sie diesen Weg wenigstens als unvermeidlich anerkennen. Und das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Das schafft kaum eine Partei.“

## Durchdringung der Parteien

Die Beeinflussung der Medien reicht der Initiative schon lange nicht mehr. Sie will in die Parteiprogramme. Erster Erfolg: **Im Jahr 2000 erfindet sie den Spruch: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“** Zwei Jahre später benutzt ihn die CSU im Wahlkampf, heute nutzen sie ihn alle:

**Angela Merkel:** „Sozial ist, was Arbeit schafft.“

**Guido Westerwelle:** „Sozial ist das, was Arbeitsplätze schafft. „

**Jürgen Rüttgers:** „Sozial ist, was Arbeit schafft. „

**Edmund Stoiber:** „Sozial ist in erster Linie, was Arbeit schafft! „

Götz Hamman: „Dieser Spruch hat den Begriff sozial verändert. Und insofern hat es die Initiative geschafft, eine Debatte zu beherrschen. Und also in einer Medienrepublik können sie eigentlich kein höheres Ziel erreichen, als dass sie eine Debatte beherrschen, einen Begriff neu besetzen, der so zentral ist für unsere Gesellschaft wie sozial.“

Die Initiative bestimmt die Themen. Auch, weil Journalisten zu wenig recherchieren - oft auch nicht wissen wollen, wer sich hinter Kampagnen und Köpfen verbirgt.



Deutsches Institut für Altersvorsorge

### Alterung und Erwerbstätigkeit im internationalen Vergleich

Bevölkerungsprognosen für Deutschland lassen schon in den nächsten drei Jahrzehnten eine spürbare Alterung erwarten. Selbst wenn künftig jedes Jahr 100.000 Menschen nach Deutschland einwandern sollten, wird der Altenquotient, also die Anzahl der über 60-jährigen bezogen auf 100 20 bis 59-jährige von heute 44 bis 2030 auf rund 76 steigen, das sind immerhin 73 Prozent. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung wird dann noch im erwerbsfähigen Alter, über ein Drittel jedoch 60 Jahre oder älter sein. Diese Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung führt dazu, dass **immer weniger Personen im erwerbsfähigen Alter Güter und Dienstleistungen für eine steigende Zahl älterer Konsumenten bereitstellen müssen.** Dieser Trend zeichnet sich in allen Weltregionen ab. Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede sowohl im Ausmaß als auch im zeitlichen Ablauf der Bevölkerungsalterung: Japan altert bis 2015 weitaus schneller als Deutschland, wird dann aber von Deutschland eingeholt. **Deutschlands demographische Krise** erreicht den Höhepunkt um 2035; in Japan geht es danach in einem weiteren Schub noch einmal kräftig weiter, und auch die übrigen EU-Länder verlieren relativ zu Deutschland weiteres Erwerbspotential.

**Winfried Schmähl** ist Professor am Zentrum für Sozialpolitik (ZES) in Bremen. Er ist Mitglied in der von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten Kommission für den 5. Altenbericht. Für den eiligen Leser seien hier einige seiner Kernaussagen kurz zusammengefasst:

- Der Boden für den „Paradigmenwechsel“ und Strukturwandel im deutschen Alterssicherungssystem wurde bereitet durch ein Zusammenwirken von Politikern, Interessenvertretern, Wissenschaftlern und Medien, bei dem das bestehende Alterssicherungssystem als nicht mehr finanzierbar (nicht fiskalisch „nachhaltig“), die Lohnnebenkosten erhöhend (also beschäftigungsfeindlich) und die „Generationengerechtigkeit“ verletzend bezeichnet wurde. Korrigierbar sei dies nur durch die Reduzierung der Umlagefinanzierung und vermehrte Kapitalfundierung. Hierzu gäbe es auch keine Alternative.
- Weit verbreitet ist inzwischen die gezielte Verwendung des Begriffes „**Eigenvorsorge**“ **allein für die private kapitalfundierte Vorsorge**, obgleich ein Sozialversicherter in einem System, wo er durch seinen Beitrag auch eine Gegenleistung erwirbt, gleichfalls Eigenvorsorge betreibt.
- Die **Renditevergleiche** zwischen GRV und privater Altersvorsorge sind oft dadurch erheblich verzerrt, dass bei der Privatvorsorge allein der Tatbestand „Alter“ berücksichtigt wird, während in der GRV auch der Tatbestand der Invalidität nach wie vor eine wichtige Rolle spielt (und **auch Rehabilitationsleistungen** erfolgen). Durch auf den ersten (!) Blick oft einleuchtend klingende Argumente, durch die Verwendung hinreichend vieldeutiger, aber positiv klingender Begriffe - wie Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit - und vielfach einseitig ausgewählter Fakten wurde eine normative Begründung für die politisch nun umgesetzte Strategie vorbereitet und hat inzwischen zu einer weitgehend uniformierten veröffentlichten Meinung geführt.
- **Das Vertrauen in die GRV wurde gezielt - und wohl „nachhaltig“ - unterminiert, nicht zuletzt durch die immer wieder betonte (steigende) Finanzierungsbelastung. Zwar wird in einer alternden Bevölkerung Alterssicherung unabhängig vom Finanzierungsverfahren (also ob umlagefinanziert oder kapitalfundiert) teurer, doch wurde die Diskussion allein auf die umlagefinanzierte GRV konzentriert.**
- Ein zentrales Argument (und treibendes Motiv) in der Reformdebatte ist die Senkung (Begrenzung) der Arbeitgeberbeiträge als Teil der **Lohnkosten**, zu denen diese in der GRV allerdings (z.B. im produzierenden Gewerbe) nur etwa zu einem Zwölftel - alle Sozialversicherungsbeiträge etwa zu einem Sechstel - beitragen. Der ökonomischen Bedeutung steigender Beiträge für die Lohnkostenentwicklung wird allerdings in der Diskussion eine überzogene Bedeutung zugemessen. Selbst ohne alle seit 2000 ergriffenen Maßnahmen würde eine im Durchschnitt um 0,07 Prozent p.a. geringere Steigerung der Bruttolöhne den lohnkostensteigernden Effekt von höheren Arbeitgeberbeiträgen bis 2030 kompensieren.
- Wenn der beschäftigungsfeindliche Aspekt der Arbeitgeberbeiträge solche politische Bedeutung besitzt, so hätte man schon seit langem die bekannte „**Fehlfinanzierung**“ in den Sozialversicherungszweigen von etwa 8 Beitragspunkten (also 4 Punkte für Arbeitgeberbeiträge) durch sachadäquate Finanzierung aus allgemeinen Haushaltsmitteln beseitigen können.

- Es ist auffällig, dass zum Zeitpunkt der Diskussion über die politischen Weichenstellungen auf damit verbundene Auswirkungen, z.B. für die Einkommenssituation im Alter, auch die Gefahr steigender Altersarmut nicht hingewiesen wurde bzw. Äußerungen, in denen darauf hingewiesen wurde, bestritten wurden. Nachdem die politischen Entscheidungen gefallen waren, wird nun - insbesondere von Banken und Versicherungen - immer mehr betont, dass **bei unzureichender Privativorsorge Altersarmut drohe**.
- Die künftig erreichbaren Ansprüche auf Alterseinkünfte werden aber u.a. beträchtlich von den verschlechterten **Arbeitsmarktbedingungen** beeinflusst werden - was nicht nur Ansprüche auf GRV-Renten berührt, sondern **auch die Möglichkeit zur Privativorsorge**.
- Da die große Koalition auch ankündigte, den Bundeszuschuss zur GRV zu reduzieren, würde tendenziell der erforderliche Beitragssatz höher ausfallen und ggf. das politisch gesetzte Beitragsziel (20 % 2020 bzw. 22 % 2030) verletzen. Wird an dem Beitragsziel unverändert festgehalten, ergibt sich ein zusätzlicher Druck auf weitere Leistungsreduktionen in der GRV.

Eine diskutierenswerte Alternative zeigt die noch von der früheren Bundesregierung eingesetzte Kommission für den 5. Altenbericht auf. Vgl. die Ziffern 21ff. der Quelle. Dieser Bericht ist schon im August 2005 vorgelegt worden, blieb aber unveröffentlicht. Man darf gespannt sein, ob ihn die neue Bundesregierung überhaupt noch zur Kenntnis nehmen wird. Er könnte ähnlich wie der Bericht zu den Wirkungen der Hartz-Reformen, zu einem vernichtenden Urteil über die Rentenreformen führen und wäre ein weiterer Schlag gegen die angeblich so alternativlose „Reformpolitik“.



**Der staatliche Professor,  
ein unabhängiger Diener des Kapitals!**